

Pressemitteilung

...und wieder grüßt die FWG mit Populismus

Wie wir aus der Presse am 28. August und nicht aus der Ratspost entnommen haben, beschert die FWG im Kommunalwahlkampf den Wählerinnen und Wählern das nächste leere Versprechen in Form eines politischen Antrages, der mit einem einfachen Blick in die Niedersächsische Kommunalverfassung sofort als Populismus entlarvt werden kann.

Denn das Gesetz regelt die maximale Anzahl der Bürgervertreter im Fachausschuss und begrenzt die Anzahl der Bürgervertreter auf ein Drittel der ordentlichen Fachausschussmitglieder. Ein Blick in die Kommunalverfassung für Ratsmitglieder und die, die es werden wollen, hätte diesen Antrag sofort als überflüssig und nicht umsetzbar identifiziert. Oder will die FWG zukünftig mit 24 Ausschussmitgliedern in den Fachausschüssen tagen, wenn der gesamte Stadtrat nur 29 Mitglieder hat?

Letztendlich gehört es zu den gesetzlichen Pflichten der gewählten Ratsmitglieder, Bürgerinnen und Bürger umfassend und sachlich zu informieren, damit diese den Diskussionen und komplexen Fragestellungen folgen können.

Und diese Pflicht gilt auch für die Ratsmitglieder der FWG und lässt sich nicht auf Bürgervertreter abwälzen, wenngleich dieser Versuch im Wahlkampf bei Wählerinnen und Wählern, die das Gesetz im Gegensatz zu Ratsmitgliedern nicht kennen, ankommt. Oder war dieser FWG-Antrag von vorneherein als Wahlkampf-fake und -joke gedacht, was dem Lesenden bei genauer Betrachtung der strahlenden FWG-Gesichter auffallen kann?

Wir sehen keine Ernsthaftigkeit in diesem Antrag und geben ein aktuelles Beispiel: im kommenden Verwaltungsausschuss am Donnerstag wird der neue KITA-Betreibervertrag mit der Kirche verabschiedet, der in interfraktionellen Gesprächsrunden längere Zeit vorbesprochen wurde und demzufolge Einstimmigkeit erwarten lässt.

Und die seit Jahren von FWG und Presse vehement geforderte Zulassung der Öffentlichkeit im Gemeinsamen Ausschuss Kindertagesstätten? Diesen Ausschuss wird es mit Zustimmung der FWG in der Zukunft voraussichtlich nicht mehr geben – damit erübrigt sich die Öffentlichkeitsdiskussion, denn es geht ohne.

Leider verlieren Wählerinnen und Wähler verständlicherweise mehr und mehr das Vertrauen in die Politik auf allen politischen Ebenen und die Aufrichtigkeit der vom Volk gewählten Bürgervertreter*innen geht mehr und mehr verloren.

Wenn jeder Kommunalpolitiker an sich denkt, ist noch lange nicht an jede/n Bürger*in gedacht. Denken Sie daran, wenn Sie ihre drei Stimmen am 12. September abgeben.

gez. Eckhard Meyer
Fraktionsvorsitzender